

Solidarität statt Spaltung

#SOLIDARISCHERHERBST – Demonstrationen in sechs Städten

24 000 Teilnehmer*innen setzten am 22. Oktober bundesweit bei sechs Demonstrationen ein Zeichen für mehr Solidarität. „Solidarität entsteht nicht von allein. Solidarität muss erkämpft werden und dafür ist das heute ein Auftakt“, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke bei der Abschlusskundgebung der Berliner Demo vor dem Brandenburger Tor.

Er sieht, gemeinsam mit den Partner*innen im Bündnis #SolidarischerHerbst (siehe Seite 3), den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Gefahr. Steigende Preise, sowohl für Lebensmittel als auch für Energie, überforderten viele Menschen. Hinzu komme die harte soziale Schieflage der Inflation. „Die Alternative darf nicht heißen: Heizen oder Hungern? Das akzeptieren wir nicht“, sagte er. Er sah die Demonstrationen als Vertretung der arbeitenden Menschen in diesem Land, der Rentner*innen, der Leistungsempfänger*innen, der Azubis und der Studierenden, also derjenigen, die im Moment jeden Euro umdrehen müssten.

Geld sei da. „Wir brauchen eine gerechte Erbschaftssteuer, wir brauchen ein angemessenes Heranzie-



hen von hohem Vermögen. Krisengewinnler, die es in einigen Unternehmensbereichen gibt, müssen angegangen werden durch eine Übergewinnsteuer“, forderte der ver.di-Vorsitzende. Die Forderungen von Gewerkschaften und Sozialverbänden hätten durchaus schon ihren politischen Widerhall in den verschiedenen Entlastungspaketen gefunden. Doch trotz einiger guter Ansätze fehle diesen Paketen die soziale Balance. Über die Strom- und Gaspreisbremse hinaus brauche es weitere Unterstützung, gezielt für Menschen mit geringen und durchschnittlichen Einkommen.

„Die Gaspreisbremse greift erst im nächsten Frühjahr. Das reicht nicht, wir brauchen zusätzliche Zahlungen jetzt“, so der ver.di-Vorsitzende. Auch das geplante Bürger*innengeld in Höhe von 502 Euro reiche nicht aus. Menschen mit Arbeit sei-

en bei dauerhaft steigenden Preisen auf nachhaltig wirkende Tariflohnsteigerungen angewiesen. Dafür trete ver.di in vielen Branchen an, sagte Werneke mit Blick auf anstehende Tarifrunden, etwa bei der Deutschen Post, im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen sowie kommendes Jahr im Handel.

Wichtig sei, dass die Gesellschaft sich nicht spalten lasse. „Präsident Putin setzt in diesem Krieg Gas als Waffe ein. Er setzt darauf, unsere Gesellschaft zu spalten. Zur Wahrheit gehört, dass Claqueure von der AfD und andere das Geschäft für ihn in Deutschland hier mit betreiben. Sie versuchen zu spalten“, warnte der ver.di-Vorsitzende. Dagegen wehre sich das Bündnis: „Wir sind zusammengekommen, um die Kraft der Solidarität gegen den Versuch der Spaltung zu setzen.“

Heike Langenberg

AB JANUAR 2023...

... verhandelt ver.di bei der Deutschen Post AG über die Erhöhung der Tarifentgelte der Arbeitnehmer*innen, Auszubildenden und dual Studierenden. Wie hoch die Forderung sein soll, erfragt ver.di zur Zeit bei ihren Mitgliedern bei der Deutschen Post AG. Auf Grundlage dieser Ergebnisse stellt die Tarifkommission im November die Forderung auf. Angesichts der Inflation in Deutschland wird es um einen nachhaltigen Reallohnausgleich gehen. Die Tarifabschlüsse müssen dazu deutlich über denen der vergangenen Jahre liegen – und das wird sicher nicht ohne Streik möglich sein. Der Fragebogen (**kurzelinks.de/6v6v**) kann bis zum 15. November im Betrieb an die ver.di-Vertrauensleute bzw. ver.di-Betriebsräte gegeben werden.

Absicht

„Wer sich Politik wie einen John-Wayne-Western vorstellt, wo ein Macker breitbeinig entscheidet, wo es langgeht, der hat die Demokratie, insbesondere das deutsche Koalitionssystem, nicht verstanden.“

Teilnehmer*innen an den Demonstrationen

- Berlin: 6000
- Düsseldorf: 5000
- Dresden: 2000
- Frankfurt am Main: 5000
- Hannover: 2000
- Stuttgart: 4000

IRAN

Ende der Unterdrückung
Resolution der Frauen im Bundesmigrationsausschuss
SEITE 2

BILANZ

Zielgerichtete Entlastungen
Bündnis blickt positiv auf die sechs Demonstrationen
SEITE 3

ÖD

10,5 Prozent mehr
BTK beschließt Tarifforderung für Bund und Kommunen
SEITE 4

TAGUNG

Mitbestimmung wirkt
Reform soll Betriebsverfassung zukunfts-fest machen
SEITE 5

EUGH

Beteiligungsrechte wahren
Umwandlung zur SE darf nicht missbraucht werden
SEITE 6

BILDUNG

Aus der Praxis für die Praxis
ver.di b+b sucht neue Teamende
SEITE 7

Bundeskanzler Olaf Scholz, SPD, sagt im Interview mit der Welt am Sonntag, er habe bewusst entschieden, seine AKW-Entscheidung schriftlich und nicht vor Fernsehkameras mitzuteilen

Ende der Unterdrückung

KI ohne Betriebsrat

(red.) Mit dem sozialpartnerschaftlichen Projekt „Kommunikation mit Künstlicher Intelligenz“ (KomKI) wendet sich die Beratungsstelle für Technologiefolgen und Qualifizierung (BTQ) Kassel an Beschäftigte in Betrieben ohne Betriebsrat. Die BTQ will damit herausfinden, wie die Beschäftigten die betrieblichen Herausforderungen, die die Einführung von KI nach sich zieht, bewältigen wollen und von wem sie Unterstützung bei der Einführung und Anwendung erwarten. Gefragt werden sie in dem Online-Fragebogen aber auch nach Arbeits- und Sozialrecht, zu tarifvertraglichen und gesetzlichen Regelungen und welche Formen der Interessenvertretung als sinnvoll erachtet und gewünscht werden.

Das Ausfüllen des Fragebogens dauert etwa zehn Minuten. Er ist bis zum 15. Dezember unter btq-kassel.de/fragebogen-zur-ki-komki freigeschaltet. Wer mehr zum Thema sagen möchte, kann in dem Bogen vermerken, dass Interesse an einem ausführlicheren Gespräch besteht.

IRAN – Solidarität mit der Protestbewegung

(red.) ver.di setzt sich für die Menschenrechte aller ein, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, Religion oder sonstigen Merkmalen. Dazu zählt auch, dass jede Frau das Recht hat, ihre Kleidung selbst zu wählen. In Teheran wurde am 13. September Mahsa Amini von der sogenannten Sittenpolizei wegen des Verstoßes gegen das Verschleiерungsgesetz inhaftiert. Drei Tage später ist die 22jährige verstorben, weil ihre Kleidung nicht den Vorstellungen der Herrschenden im Iran entsprochen hat.

Symbol für den Kampf iranischer Frauen

Der Arbeitskreis der Frauen des ver.di-Bundesmigrationsausschusses macht aus diesem Anlass in einer Resolution auf die Situation der Frauen im Iran aufmerksam. Denn der Tod von Mahsa Amini wurde zum Symbol für den Kampf der iranischen Frauen, der zu einem Auf-

stand weiter Teile der Gesellschaft wurde. In Berlin zeigten sich am 22. Oktober rund 80.000 Menschen bei einer Demonstration solidarisch mit der Protestbewegung, bei der ein ganzes Volk das Ende der Unterdrückung fordert. „Frauen nehmen ihre Kopftücher ab, verbrennen diese, schneiden ihre Haare ab und gehen unter Lebensgefahr auf die Straße – mittlerweile mit breiter Unterstützung und Solidarität aus der Gesamtbevölkerung“, heißt es in der Resolution.

Die Zahl der Toten steigt täglich

Doch die iranischen Behörden gehen brutal gegen die Demonstrierenden vor, die Zahl der Toten wächst täglich. Auch wurden der Zugang zu Internet und sozialen Medien extrem eingeschränkt. „Wir verurteilen diese massiven Verletzungen von Menschen, insbesondere von Frauenrechten aufs Schärfste“, heißt es in dem ver.di-Text. Die

Solidarität gelte allen Protestierenden, den frauenpolitischen und weiteren zivilgesellschaftlichen Organisationen im Iran.

Zwei Aktivistinnen zum Tode verurteilt

Vor Kurzem wurden zwei Aktivistinnen – Zahra Sedighi-Hamadani und Elham Choubdar – im Iran zum Tode verurteilt. Gründe für ihre Verurteilung sind laut Amnesty International ihre tatsächliche oder vermeintliche sexuelle Orientierung sowie ihre Aktivitäten zur Unterstützung der LGBTQI*-Community in den sozialen Medien. Der Arbeitskreis der Frauen im Bundesmigrationsausschuss fordert von der Bundesregierung einen sofortigen Abschiebestopp und ein Bleiberecht für alle geflüchteten Menschen aus dem Iran.

Die Resolution kann unter kurzelinks.de/vc1o nachgelesen werden.

DIE PRESSE-SHOW

„Hammer-Forderung der Gewerkschaften im Öffentlichen Dienst“, tönte es auf *BILD.de*, als ver.di am 11. Oktober ihre Forderung für die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst bei Bund und Kommunen aufstellte. Die 2,5 Millionen Beschäftigten sollen 10,5 Prozent mehr Lohn erhalten, mindestens aber 500 Euro im Monat. „Hammer“, um im Duktus der *BILD* zu bleiben. „Mehr als zehn Prozent Lohnplus – so eine Forderung für Millionen Beschäftigte gab es seit Jahrzehnten nicht“, hält die Stimme des Boulevards fest.

Die Doppel-Wumms-Bazooka

Das *Handelsblatt*, die Stimme der Wirtschaft, macht statt einem Hammer eine Bazooka aus: „In der Krise ist die Politik um martialische Ausdrücke nicht verlegen. Kanzler Olaf Scholz (SPD) packte erst zu Beginn der Pandemie die Bazooka aus, jetzt will er mit dem „Doppel-Wumms“ die Energiekosten von Wirtschaft

und Verbrauchern senken. Bleibt man bei dem Bild, ist die 10,5-Prozent-Tarifforderung für den öffentlichen Dienst so etwas wie eine „Doppel-Wumms-Bazooka“ der Gewerkschaften.

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bleibt in der Wortwahl sachlich, benennt aber bereits Freund und Feind in der Tarifauseinandersetzung: „Es sind ungewöhnlich schwierige Umstände für die deutschen Tarifparteien, die sich gerne als Partner sehen. Eine Partnerschaft muss sich in der Krise bewähren. Wie man es nicht macht, zeigt die Gewerkschaft Verdi. Sie brüskiert die öffentlichen Arbeitgeber mit einer Forderung von rund 14 Prozent mehr Lohn, weit oberhalb der Inflation. So handeln Gegner, nicht Partner.“

Die *Stuttgarter Zeitung* beschwört fast schon einen stürzenden Kanzler. „Nun schert sich Verdi-Chef Frank Werneke wenig um die oft befürchtete Lohn-Preis-Spirale, sondern dringt auf dauerhafte Zuwäch-

se. Trotz Krise ist die Eskalationsgefahr so akut wie lange nicht. An einem Kanzlersturz dürfte er [...] kein Interesse haben. Dennoch könnte auch diese Tarifrunde prägend werden wie nur wenige vor ihr“, heißt es dort. Ganz nüchtern wiederum betrachtet die *Rheinpfalz* die „Grenzen der Tarifpolitik“: „Hohe Inflation, gepaart mit der Aussicht auf eine wirtschaftliche Rezession, das ist auch für Tarifpolitiker ein äußerst unbehaglicher Cocktail.“

Es geht um viel Geld

Der *Tagesspiegel* rechnet einfach und stellt fest: „Es gut um viel Geld.“ Die Erhöhung der Entgelte um ein Prozent würde die Arbeitgeber rund eine Milliarde Euro zusätzlich kosten. Bei zehn Prozent wären das gut zehn Milliarden Euro. Mal hammer-ehrlich: Nach der 100-Milliarden-Bazooka für die Bundeswehr und den 200-Milliarden-Doppelwumms zur Entlastung, sind das doch geradezu Peanuts. *Petra Welzel*



Zielgerichtete Entlastungen

BÜNDNIS #SOLIDARISCHERHERBST – Positive Bilanz der sechs Demonstrationen

(red.) Die sechs bunten Demonstrationen am 22. Oktober waren aus Sicht des aus neun Organisationen bestehenden breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses #SolidarischerHerbst ein Erfolg. „Wir senden gemeinsam mit 24 000 Menschen ein starkes Zeichen an die Bundes-

regierung für eine sozial gerechte und nachhaltige Politik. An ihre Adresse sagen wir: Die Probleme unserer Zeit müssen solidarisch gelöst werden. Statt Entlastungen nach dem Gießkannenprinzip, braucht es gezielte Maßnahmen für diejenigen, denen es am Nötigsten fehlt. Statt Investitionen aufzuschieben, müssen wir jetzt unabhängig von fossilen Energien werden. Die Ampel-Regierung muss unsere Gesellschaft gerecht und klimaresilient aufstellen. Die Bekämpfung der multiplen Krisen muss zusammen gedacht werden. Soziale Sicherheit, Demokratie und Natur- und Klimaschutz gehen Hand in Hand“, hieß es in einer gemeinsamen Erklärung des Bündnisses.

Die Demonstrationen zeigten, dass viele Menschen sich in der Krise nicht spalten ließen und sich eine sozial-ökologische Wende wünschten. Dazu gehörten zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung brauchen, eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung sowie massive Investitionen in den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien. Für eine solidarische Politik müsse Reichtum außerdem angemessen belastet und Vermögen-

Das Bündnis #SolidarischerHerbst...

... wird getragen von ver.di, Campact, BUND, dem Paritätischen Gesamtverband, der Bürgerbewegung Finanzwende, attac, Greenpeace, der GEW und der Volkssolidarität. Unterstützt wird es vom ABiD-Institut Behinderung und Partizipation, dem Deutschen Mieterbund, Fridays For Future und Parents For Future, NABU, WWF, der OneWorryLess Foundation und von Sanktionsfrei.

de zur Solidarität verpflichtet werden. „Angesichts der Krisen dieser Zeit liegt die Lösung in einem starken Miteinander – für neue Zuversicht und eine sozial gerechte, ökologische und lebenswerte Zukunft“, so die Organisator*innen.

Teil davon ist auch ein Schutzschirm für die öffentliche Daseinsvorsorge, sagte der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke in Berlin. Als Beispiel für den Investitionsstau nannte er den „erbärmlichen baulichen Zustand“ vieler Krankenhäuser und sozialer Einrichtungen. „Wenn 100 Milliarden Euro mehr drin sind für die Bundeswehr, dann muss auch das Geld reichen für den Kern unseres Sozialstaats. Das fordern wir heute ein“, so der Gewerkschafter.

Die Forderungen des Bündnisses #SolidarischerHerbst auf einen Blick

- Zielgerichtete Entlastungen für jene, die Unterstützung dringend brauchen: einen Mietestopp, ein höheres Bürgergeld, eine 500-Euro-Brutto-Soforthilfe, eine bezahlbare Nachfolge für das 9-Euro-Ticket und einen Schutzschirm für die Daseinsvorsorge – von Stadtwerken und Schulen bis zu Krankenhäusern und sozialen Einrichtungen.
- Eine Gesamtstrategie für eine nachhaltige, bezahlbare Grundversorgung: Energie, Mobilität, Ernährung und Wohnen sowie soziale und kulturelle Teilhabe muss für alle bezahlbar sein.
- Massive Investitionen, um uns für die Zukunft krisenfest zu machen: einen Schub für den naturverträglichen Ausbau Erneuerbarer Energien, dauerhafte Energieeinsparungen und Gebäudesanierung, groß angelegter Ausbau klimafreundlicher Infrastruktur wie dem öffentlichen Nahverkehr und die Förderung der Ökologisierung der Landwirtschaft.

Wirksames Mittel gesucht

WOHNUNGSNOT – ver.di macht sich für bundesweiten Mietendeckel stark

(pm) Mitte Oktober hat die Ampelkoalition ihre Maßnahmen für bezahlbaren Wohnraum vorgestellt. Aus diesem Anlass betonte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende Christine Behle zwar deren Wichtigkeit, sagte aber, sie seien unzureichend. Es fehle an einem schnellen, wirksamen Mittel, das den bisherigen Anstieg der Mieten beende und umkehre.

„Wir sind überzeugt, dass sich die steigenden Mieten ohne eine strikte Regulierung der Mietpreise nicht wirksam ausbremsen lassen. Daher setzt sich ver.di für die Einführung eines bundesweiten Mietendeckels ein“, so Behle. Er wäre ein wichtiger Beitrag gegen die Spekulationsexzesse, die in vielen Groß- und Universitätsstädten auch bei den Bodenpreisen zu beobachten seien.

Gerade für Haushalte mit kleinen Einkommen seien die Wohnkosten neben der Entwicklung der Energiepreise eine enorme Belastung. Viele Menschen würden zudem zur Zeit keine geeignete und bezahlbare Wohnung mehr finden. Daher seien Maßnahmen, die wirksamer als bisher den Anstieg der Mieten beenden und umkehren, dringend notwendig.

STATEMENTS

Das hört ja nicht auf

Ulrike Haase

„Ich bin heute hier, weil wir ein Zeichen setzen wollen. Wir möchten Veränderungen. Die soziale Gerechtigkeit muss wieder mehr in den Fokus gerückt werden, auch die Beschäftigten. Wir stehen vor einer Tarifrunde. Als Gewerkschaft müssen wir definitiv wieder mehr in den Fokus gerückt werden. Das hört ja nicht auf.“

Patrick Scheib

„Ich bin heute in der Hauptsache hierherkommen, weil wir im Moment in der Welt überall Krisen erleben. Die Krisen multiplizieren sich. Man darf den Protest dagegen aus meiner Sicht in keinem Fall den Rechten überlassen. Deswegen ist es wichtig, dass wir als Gewerkschafter, als eher links orientierte Menschen heute hier sind.“

Mehr Informationen zum bundesweiten Aktionstag am 22. Oktober unter kurzelinks.de/kfku

IMPRESSUM

ver.di news

ERSCHEINT 18 MAL PRO JAHR

HERAUSGEBER:

VEREINTE DIENSTLEISTUNGSGEWERKSCHAFT VER.DI, FRANK WERNEKE, VORSITZENDER

CHEFREDAKTION:

PETRA WELZEL

REDAKTION: HEIKE LANGENBERG

(VERANTWORTLICH), MARION LÜHRING,

JENNY MANSCH, RITA SCHUHMACHER

MITARBEIT: ANKE GEORGE-STENGER

VERLAG, LAYOUT UND DRUCK:

DATAGRAPHIS, WIESBADEN

INFOGRAFIK: KLAUS NIESEN

CARTOON: NELCARTOONS.DE

ADRESSE: REDAKTION VER.DI NEWS,

PAULA-THIEDE-UFER 10, 10179 BERLIN,

TEL.: 030 / 69 56 1069, FAX: 030 / 69 56 3012

VERDI-NEWS@VERDI.DE, NEWS.VERDI.DE

HINWEIS: DIE AUSGABE 16 ERSCHIEINT

AM 12. NOVEMBER 2022

verdi.de

LESETIPP

Hier steht der Mensch im Mittelpunkt

(hla) Genossenschaftsbanken haben ihre eigenen Geschäftsprinzipien. Dazu gehören Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Solidarität. Doch Solidarität sollte nicht nur gegenüber den Mitgliedern der Genossenschaftsbanken gelten, sondern auch gegenüber den Beschäftigten. Hier verhalten sich die Arbeitgeber aber genau wie in anderen Banken auch, die in den vergangenen Jahren durch die Finanzkrise oder die Folgen der Corona-Pandemie unter Druck geraten sind. Zudem befinden sich Banken seit vielen Jahrzehnten in einem ständigen Umwandlungsprozess, der geht auch an den Genossenschaftsbanken nicht spurlos vorbei. Das bleibt für sie nicht ohne Folgen, und die sind auf Dauer nicht akzeptabel. Mit ihrem Buch, das sie im Auftrag von ver.di geschrieben haben, wollen die beiden Autorinnen einen Beitrag dazu leisten, die Beschäftigten zu einer selbstbewussten Interessenvertretung zu ermutigen. Es stammt aus dem Jahr 2016, wurde aber jetzt durch drei ver.di-Kollegen aktualisiert.

KATHARINA GERLACH, ILDIKO KREN: **HIER STEHT DER MENSCH IM MITTELPUNKT.** EINE KLEINE GEWERKSCHAFTSGESCHICHTE DER GENOSSENSCHAFTSBANKEN, MIT ERGÄNZUNGEN DURCH KLAUS RÖLLECKE, RÜDIGER BEINS UND MARK ROACH, 92 SEITEN. MEHR ZUM BUCH UND EIN LINK ZUM KOSTENLOSEN DOWNLOAD UNTER [KURZLINKS.DE/F8VU](https://www.kurzlinks.de/f8vu)

10,5 Prozent mehr

ÖFFENTLICHER DIENST BUND UND KOMMUNEN – BTK beschließt Tarifforderung

(pm) ver.di fordert für die rund 2,5 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen eine Anhebung der Einkommen um 10,5 Prozent, mindestens aber 500 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikant*innenentgelte sollen um 200 Euro monatlich angehoben werden. Das hat die ver.di-Bundestariffkommission Mitte Oktober beschlossen. Das Ergebnis soll zeit- und wirkungsgleich auf Beamt*innen, Richter*innen, Soldat*innen sowie Versorgungsempfänger*innen übertragen werden.

„Die Inflationsentwicklung, Lebensmittel- und insbesondere Ener-

giepreise reißen tiefe Löcher in die Haushaltskassen der Beschäftigten“, begründete der ver.di-Vorsitzende Frank Werneke die Forderung. Die Sicherung der Einkommen durch einen Inflationsausgleich, insbesondere für die Beschäftigten mit mittleren und eher niedrigen Einkommen, stehe im Zentrum der Tarifrunde. Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hätten zahlreiche zusätzliche Aufgaben übernehmen müssen, beispielsweise in Verbindung mit Geflüchteten oder pandemiebedingte Aufgaben. Das führe in Kombination mit der ohnehin angespannten Personalsituation zu massiven Arbeitsbelastungen. In der Corona-Pandemie hätten die

Beschäftigten im öffentlichen Dienst gezeigt, dass sie das Land zusammenhalten und sich täglich für die Daseinsvorsorge aller Bürger*innen einsetzen würden. Nun sei es an der Zeit, auch sie durch bessere Tariflöhne zu unterstützen.

Termine der bereits vereinbarten Verhandlungsrunden:

- 1. Runde: 24. Januar 2023
- 2. Runde: 22. und 23. Februar 2023
- 3. Runde: 27. und 28. März 2023

Alle in Potsdam
ver.di führt die Tarifverhandlungen gemeinsam mit der GdP, der GEW, der IG BAU und dem dbb beamtenbund und tarifunion.

Einigung nach 14 Runden

H&M – Ersten Qualifizierungstarifvertrag im Handel abgeschlossen

(pm) Nach 14 Verhandlungsrunden in sechs Monaten haben ver.di und die Modekette H&M einen Digitalisierungstarifvertrag für die bundesweit 14 300 Beschäftigten vereinbart. Das ist der erste Digitalisierungstarifvertrag im Handel. ver.di-Verhandlungsführer Cosimo Damiano Quinto bezeichnete ihn als „großen Erfolg“. Zentrales Element darin ist die Beteiligung der

Beschäftigten an der Gestaltung der Digitalisierung. Darüber hinaus werden die Beschäftigten ab Anfang 2023 in ausgewählten Digitalisierungstestfilialen besonders beteiligt, um die menschengerechte Gestaltung der neuen Arbeitsweisen zu beurteilen und Anforderungen an die Weiterentwicklung zu stellen. Ein besonderer Kündigungs- und Abgruppierungsschutz soll die Fili-

albeschäftigten im Zuge des Digitalisierungsprozesses absichern. Vereinbart wurde auch eine tarifliche Qualifizierungsoffensive für alle Beschäftigten. Leiharbeit soll nur noch als Ausnahme und vorübergehend möglich sein. Schließlich sieht der Digitalisierungstarifvertrag bis zu sechs zusätzliche tarifliche, halbjährliche Sonderzahlungen für alle Mitarbeitenden in den Stores vor.

T A R I F L I C H E S

AMAZON – (pm) Mitte Oktober hatte Amazon in 15 Ländern Asiens, Europas und Nordamerikas „Prime Exklusive Angebote“ angekündigt. Das Shoppingevent sollte die im Juli veranstalteten „Prime Days“ fortsetzen. Die Beschäftigten in den deutschen Fulfillment Centern Bad Hersfeld (zwei Standorte), Dortmund, Graben, Koblenz, Leipzig, Rheinberg, Werne und Winsen (Luhe) haben es zum Anlass für erneute Arbeitsniederlegungen genommen. Damit unterstrichen sie ihre Forderung nach einer tarifvertraglichen Absicherung von Löhnen und Arbeitsbedingungen. Zuvor hatte Amazon angekündigt, die Einkommen der Beschäftigten zu erhöhen. Die Lohnanpassungen blieben aber deutlich unter der aktuellen Inflationsrate. Für weiteren Unmut

sorgte auch, dass die Gehaltssteigerungen an verschiedenen Standorten unterschiedlich hoch sein sollen.

COMTS – (pm) Nachdem sich die Commerzbank geweigert hatte, Tarifverhandlungen mit ver.di für die Beschäftigten ihrer Tochtergesellschaft ComTS aufzunehmen, streikten die Beschäftigten Mitte Oktober drei Tage lang an den fünf Standorten Duisburg, Hamm, Erfurt, Halle und Magdeburg. Bei der ComTS erledigen ca. 1700 Beschäftigte nachgelagerte Arbeiten aus dem Bankgeschäft wie Zahlungsverkehr, Kreditbearbeitung, Compliance und bankinterne Postläufe. Die Commerzbank weigert sich, Arbeitsbedingungen mit einem Tarifvertrag zu regeln. ver.di fordert für die ComTS-Gesellschaften unter ande-

rem einen Mindeststundenlohn von 14 Euro, regelmäßige und transparente Gehaltserhöhungen, ein 13. Monatsgehalt, die Abschaffung von Abruf-Arbeitsverträgen sowie ein Energiegeld in Höhe von zwei Mal 1500 Euro.

ING – ver.di hat für die Beschäftigten der ING-Bank die Zahlung eines Energiegeldes per Tarifvertrag ausgehandelt. Vollbeschäftigte erhalten 1500 Euro, Azubis und dual Studierende 1000 Euro. Mitarbeiter*innen in Elternzeit sowie Teilzeitbeschäftigte erhalten das Energiegeld anteilig, mindestens aber 1000 Euro. Gezahlt wird das Geld steuer- und sozialabgabenfrei mit der Gehaltszahlung für Dezember. Zudem wurde der Zukunftstarifvertrag bis Ende 2024 verlängert.

Mitbestimmung wirkt

TAGUNG – Reform soll Betriebsverfassung zukunftsfest machen

(hla) Die Mitbestimmung ist ein hohes Gut. Doch wie sieht es damit im betrieblichen Alltag aus? Das war einer der Schwerpunkte des ver.di-Bereichs Mitbestimmung bei einer Tagung mit dem Titel „Mitbestimmung reloaded – Transformation fordert Erneuerung“.

Andreas Hövermann vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung berichtete dabei von positiven Effekten der Mitbestimmung sowohl für Belegschaften wie für Betriebe. Sie biete mehr Schutz in Krisenzeiten, höhere Job-sicherheit, aber führe auch zu höherer Produktivität. Er wies darauf hin, dass der Wert der Arbeitswelt als Ort der demokratischen Sozialisation nicht unterschätzt werden dürfe.

Mitbestimmung trage zum Gefühl selbstwirksamen Gestaltens bei und wirke daher gegen das Gefühl der Machtlosigkeit. Dabei sei es nicht notwendig, selbst einer Interessenvertretung anzugehören, auch ihr Wirken zu erleben fördere dieses Gefühl. Als Folge könne er aus dem aktuellen Stand der Forschung erkennen, dass in Betrieben mit gut funktionierender Mitbestimmung weniger antidemokratische Einstellungen geäußert werden. Sie wirke sich auch auf die Einstellung zu bevorstehenden Transformationsprozessen in der Gesellschaft und Arbeitswelt, etwa durch Digitalisierung oder Klimawandel, positiv aus.

In einer Diskussionsrunde schilderten Kollegen ihre Erfahrung mit Union Busting. Ob bei Amazon,

Footlocker oder Securitas, die drei Beispiele machten deutlich, dass die Mitbestimmung gestärkt werden muss. Dazu zählte Rainer Reising, Betriebsrat bei Amazon Logistik in Achim, höhere Strafen für die Behinderung von Betriebsratsarbeit. Dabei schloss er auch Helfershelfer*innen wie Berater*innen oder Rechtsanwält*innen mit ein. Amin Barakat vom Betriebsrat bei Footlocker kann sich vorstellen, dass eine gesetzliche Pflicht zur Betriebsratsgründung das Standing der Interessenvertretungen verbessert. Daniel Graf vom Betriebsrat Securitas Südwest schilderte anschaulich, wie schwer es in der Branche ist, die Kolleg*innen zu erreichen, die bei anderen Unternehmen im Einsatz sind. Er forderte, den Schutz für Betriebsratsmitglieder im Gesetz zu verbessern.

Aber auch dort, wie es nicht zu Union Busting kommt, besteht Ver-

besserungsbedarf. Deborah Neuenfeld vom Betriebsrat BG Uniklinik Bochum forderte mehr Druckmittel, etwa um bei Gefährdungsanzeigen der Beschäftigten wirksam vorgehen zu können. Edda Busse, Vorsitzende der Mitarbeitervertretung beim Johanner-Krankenhaus Stendal, kritisierte den Sonderweg des kirchlichen Arbeitsrechts. Es gibt den Beschäftigten keinerlei Möglichkeiten, Druck aufzubauen, etwa in Tarifverhandlungen. Und Roland Salz, Mitglied im Betriebsrat der Halle-schen Verkehrs-AG, macht sich stark für mehr Rechte bei Zukunftsthemen.

Diese Forderungen, aber auch die Vorstellungen des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften zur Weiterentwicklung der Mitbestimmung (kurzelinks.de/x9to), wurden in einer weiteren Runde mit Vertreter*innen aus Wissenschaft und Politik diskutiert.



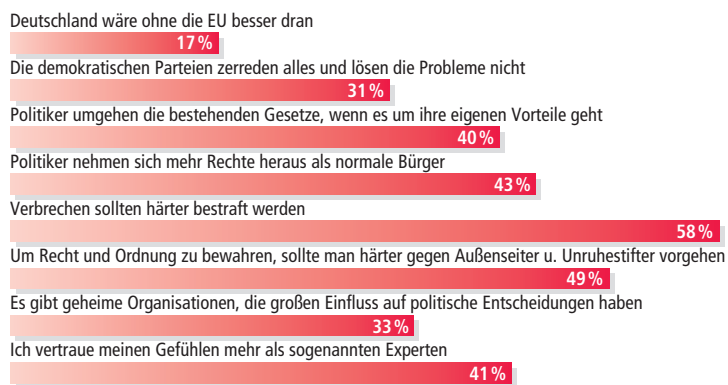
ECE YILDIRIM-ZIMMER
ARBEITET BEI DER DEUTSCHEN RENTENVERSICHERUNG BUND UND REDETE AM 22. OKTOBER BEI DER KUNDGEBUNG IN BERLIN

BERICHT

Eine Kreuzfahrt

Ich habe das Gefühl, das eine Krise der nächsten folgt. Seit drei Jahren denke ich, dass wir ständig in Krisen sind. (...) Auf der Arbeit reden wir über die Inflation, über die kommende Tarifrunde, über die Demonstrationen im Iran, über den Krieg in der Ukraine und über Büroräume, die nur bis 19 Grad beheizt werden dürfen. Unsere Arbeitgeberin ermutigt uns, von zu Hause aus zu arbeiten. Aber es wird nirgendwo erwärmt, wie diese ausgelagerten Kosten übernommen werden. Dann gehe ich raus in mein privates Leben. Gefühlt hat jeder Mensch Existenzängste: Wie gehen wir durch diesen Winter? Wie werden unsere Nachzahlungen aussehen im März? Das spielt eine sehr sehr große Rolle. Deswegen möchte ich an dieser Stelle sagen: Es wird gesagt, wir sind alle im selben Boot. Ja, wir sind im selben Boot, aber es ist wie eine Kreuzfahrt. Einige haben Balkonplätze, während die anderen nicht mal ein Bullauge da unten haben. Wenn wir über Solidarität sprechen, müssen wir genau das vor Augen haben. Solidarisch – aber mit denjenigen, die ganz unten sind.

Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen



QUELLE: WSI POLICY BRIEF NR. 007/2021

Enttäuscht vom Management

GALERIA – ver.di nimmt Tarifverhandlungen auf

(pm) Anfang Oktober hat die Kaufhauskette Galeria Karstadt Kaufhof einseitig den Tarifvertrag gekündigt. Grund sei die schlechte wirtschaftliche Lage, der Konzern hat auch erneut Staatshilfen beantragt. Die ver.di-Bundestarifkommission Galeria hat jetzt entschieden, Verhandlungen mit der Unternehmensleitung aufzunehmen; Termine da-

für sind allerdings noch nicht bekannt

„Nicht nur das Unternehmen, auch die rund 17 000 Beschäftigten befinden sich in einer Notlage. Deshalb werden wir einen Tarifvertrag verhandeln, der existenzsichernde Einkommen garantiert“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Stefanie Nutzenberger. Die wirt-

schaftlichen Planungen für Galeria seien „nur dann sinnvoll, wenn sie Tarifsteigerungen verbindlich einbeziehen“. ver.di erwarte von den Eigentümern und vom Management ein Zukunftskonzept, das die soziale Verantwortung des Unternehmens widerspiegele und die Notlage der Beschäftigten unbedingt berücksichtige.

AUCH DAS NOCH

Erheblicher Reisemangel

(ku) Urlaub mit Wasserblick – wie schön und erholsam kann es sein. Das dachte sich auch ein erholungssuchendes Paar und buchte eine Ferienwohnung in Brandenburg an der Havel. Die Bilder im Internet sahen vielversprechend aus: Es waren nur Fotos mit Blick auf die Havel zu sehen, im Text wurde sie als Wohnung mit Wasserblick beworben. Natur pur also. Vor Ort angekommen stellte das Paar fest, dass das Feriendomizil an einer stark befahrenen Straßenkreuzung lag. Damit waren erhebliche Belästigungen durch Lärm und Abgase verbunden. Daher wollten die beiden den Reisepreis mindern. Zu Recht, entschied jetzt das Amtsgericht Brandenburg. 20 Prozent seien angemessen, denn die erhebliche Lärm- und Abgasbelastung stelle einen Reisemangel dar. Da reiche es nicht aus, dass die Reiseagentur auf die Lagebeschreibung bei Google Maps verweise. Aus der entsprechenden Kartenansicht sei das konkrete Verkehrsaufkommen an der Kreuzung nicht ersichtlich. Auf die Straßenkreuzung hätte die Agentur in ihrem Werbetext ausdrücklich hinweisen müssen, so das Gericht. Denn wer möchte schon die schönsten Wochen des Jahres an einer vielbefahrenen Kreuzung verbringen? Da führt auch eine Reisepreismin- derung von 20 Prozent kaum zu einem Erholungseffekt.

Aktenzeichen
31 C 233/21

Beteiligungsrechte wahren

EUGH – Umwandlung zur SE darf nicht missbraucht werden

(pm) Wechselt die Rechtsform eines Unternehmens, untersteht die Beteiligung der Gewerkschaftsvertreter*innen im Aufsichtsrat weiterhin nationalem Recht. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Mitte Oktober festgestellt. Damit bestätigte er die Auffassung von ver.di und der IG Metall, aber auch des Bundesarbeitsgerichts, das die Vorlagefrage formuliert hatte.

In dem Verfahren ging es um das Software-Unternehmen SAP, das sich 2014 von einer Aktiengesellschaft nach deutschem Recht in eine SE, eine Europäische Gesellschaft, umgewandelt hatte. Bei einer solchen Umwandlung wird zwischen einem besonderen Verhandlungsgremium der Arbeitnehmer*innen (BVG) und der Unternehmensleitung darüber verhandelt, wie die Mitbestimmung im künftigen Unternehmen, also der SE, gestaltet wird. Bei SAP hatten das BVG und das Unternehmen unter anderem vereinbart, dass zukünftig der eigenständige Wahlgang für die Vertreter*innen der Gewerkschaften und somit die Beteiligungsgarantie der Gewerkschaften im Aufsichtsrat wegfallen kann.

Regelungen nichtig

ver.di und IG Metall hielten die entsprechenden Regelungen in der Vereinbarung für nichtig. Das Bundesarbeitsgericht hatte sich inhaltlich der Argumentation der beiden Gewerkschaften angeschlossen. Nach seiner Auffassung gehören

die im gesonderten Wahlverfahren von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Vertreter*innen der Arbeitnehmer*innen im Aufsichtsrat nach dem deutschen SE-Beteiligungsgesetz (SEBG) zu den prägenden Elementen der Unternehmensmitbestimmung in Deutschland, weshalb gesicherte Sitze und separate Wahlen von Gewerkschaftsvertreter*innen im Aufsichtsrat auch in der durch Umwandlung gegründeten SE sicherzustellen seien. Es sei Sache des nationalen Rechts der Mitgliedstaaten, die wesentlichen Bestandteile der Mitbestimmung zu definieren. Genau diese Auffassung hat der EuGH mit seiner Entscheidung bestätigt.

„Die Entscheidung setzt ein deutliches Signal gegen fortschreitende Missbrauchsstrategien durch formale Umwandlung der Unternehmen“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied Christoph Meister. Der EuGH bringe deutlich zum Ausdruck, dass Sitz und Stimme der Arbeitnehmer*innen und ihrer Gewerkschaften im Aufsichtsrat auch dann zu wahren seien, wenn Unternehmen ihre Rechtsform ändern.

Die Entscheidung ist auch ein wichtiges Signal an die Politik. Eine SE darf nicht dazu missbraucht werden, Arbeitnehmer*innen Beteiligungsrechte zu entziehen oder vorzuenthalten. Dies ist jedoch zunehmend der Fall. Die Konsequenzen, die sich aus der Umwandlung von Rechtsformen von Unternehmen ergeben, sind daher zu Recht auch im Koalitions-

vertrag der Ampel als Handlungsfeld identifiziert worden. IG Metall und ver.di sehen hier entsprechende Änderungen im SEBG als entscheidenden Faktor an, um das Unterlaufen der Mitbestimmung zu verhindern.

Die Bundesregierung hat in ihrem Koalitionsvertrag einige rechtliche Verbesserungen angekündigt. Künftig soll es nicht mehr möglich sein, Mitbestimmung durch Gründung einer SE auszuhebeln. Auch die sogenannte Drittelbeteiligungslücke im Konzernrecht soll geschlossen werden.

Weitere Lücken in den Gesetzen

Darüber hinaus sieht Daniel Hay, wissenschaftlicher Direktor des Instituts für Mitbestimmung und Unternehmensführung (I.M.U.) der Hans-Böckler-Stiftung weitere Lücken in den Gesetzen. Beispielsweise sei es für Unternehmen mit Sitz in Deutschland möglich, Mitbestimmung durch Nutzung einer ausländischen Unternehmensrechtsform zu vermeiden. „Hier muss die Bundesregierung ebenfalls aktiv werden. Ein Mitbestimmungserstreckungsgesetz würde klarstellen, dass die Mitbestimmungsgesetze für alle kapitalistisch strukturierten Unternehmen mit mehr als 500 Beschäftigten in Deutschland gelten“, sagte Hay. Zudem müsse sich die Bundesregierung auf europäischer Ebene für Mindeststandards der Unternehmensmitbestimmung einsetzen.

Aktenzeichen C-677/20

AKTUELLES URTEIL

KEIN VORZEITIGES ERLÖSCHEN

– (bag) Aktuell werden die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) neu gewählt. Gewählt werden die Interessenvertretungen für schwerbehinderte und gleichgestellte Beschäftigte in Betrieben mit mehr als fünf – nicht nur vorübergehend beschäftigten – schwerbehinderten Menschen. Die Amtszeit dauert vier Jahre. Das Bundesarbeitsgericht (BAG) hat sich jetzt mit der Frage auseinandergesetzt, was

passiert, wenn im Laufe dieser Zeit die Zahl der schwerbehinderten Menschen im Betrieb auf unter fünf sinkt. Die Schwerbehindertenvertretung eines Kölner Betriebs wollte vom Arbeitsgericht festgestellt haben, dass ihre Amtszeit nicht vorzeitig endet, weil nur noch vier Schwerbehinderte in dem Betrieb tätig sind. Wie auch das Landesarbeitsgericht wies das Bundesarbeitsgericht den Antrag ab. Die Rechtsbeschwerde dagegen hatte vor

dem BAG jetzt Erfolg. Der 7. Senat verwies darauf, dass im SGB IX nicht ausdrücklich geregelt ist, dass eine Schwerbehindertenvertretung nach Absinken unter den Schwellenwert erlischt. „Eine vorzeitige Beendigung der Amtszeit ist auch nicht aus gesetzessystematischen Gründen oder im Hinblick auf Sinn und Zweck des Schwellenwerts geboten“, heißt es weiter in der Pressemitteilung des BAG.

Aktenzeichen 7 ABR 27/21

Aus der Praxis für die Praxis

BILDUNGSARBEIT – ver.di b+b sucht neue Teamende für Grundlagenqualifizierungen

(hla) Von Praktiker*innen für Praktiker*innen – das ist ein großes Plus der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. Denn in den Seminaren der ver.di-Bildungsträger gibt es Informationen mit einem starken Bezug zur Praxis. Wer könnte besser in die Feinheiten des Betriebsverfassungsgesetzes oder der jeweiligen Landespersonalvertretungsgesetze einführen als Betriebs- und Personalratsmitglieder?

ver.di Bildung und Beratung (ver.di b+b) derzeit neue Teamer*innen für die Bildungsarbeit, insbesondere für die Grundlagenqualifizierung. „In den kommenden Jahren hören einige unserer bisherigen Teamenden altersbedingt auf. Da wollen wir schon jetzt die Zeit nutzen, um Nachwuchs aufzubauen“, sagt Doreen Lindner von ver.di b+b. Sie ermuntert insbesondere Frauen, sich für diese Aufgabe zu melden. Nach ihrer Beobachtung seien sie manchmal etwas zu zurückhaltend, wenn es um die Einschätzung ihrer eigenen Fähigkeiten geht.

Wer sich für die Aufgabe von Teamer*innen interessiert, nimmt erst einmal an einer Einführungs-

und Qualifizierungsreihe von ver.di b+b teil. Hier geht es um Methodik und Didaktik, aber auch um die Besonderheiten der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit. „Wir orientieren in unseren Bildungsangeboten aufs Handeln“, sagt Lindner. Damit die Teamenden das gut rüberbringen können, werden Referent*innen mit eigenen Erfahrungen in Betrieben und Dienststellen gesucht.

In der Regel sind die Teamenden etwa bei zwei, drei Seminaren im Jahr im Einsatz, denn für diese Aufgabe werden sie nicht freigestellt, müssen also Freizeit oder Urlaubstage einsetzen. Bevor es so weit ist begleiten sie erst mal erfahrene Teamer*innen, hospitieren in deren Seminaren, übernehmen nach und nach einzelne Themenblöcke – bis sie eines Tages ein komplettes Seminar leiten. Auch dann unterstützt ver.di b+b sie weiter, etwa durch Arbeitskreise von Teamenden in den Regionen.

Da geht es nicht nur um aktuelle Rechtsprechung, um einen fachlichen und didaktischen Austausch, auch schwierige Situationen in den Seminaren können in diesem Rah-



men besprochen und aufgearbeitet werden. „Man muss sicherlich etwas Zeit mitbringen für die Schulungen“, sagt Doreen Lindner. Aber als zertifizierter Bildungsträger sei ver.di b+b sehr daran gelegen, die Qualität seiner Angebote zu sichern. Denn schließlich wolle ver.di ja ihre Mitglieder auch durch gut geschulte Betriebs- und Personalräte vertreten lassen.

Formlose Bewerbungen aber auch Rückfragen können an bewerbungen@verdi-bub.de geschickt werden.



SABINE GRUBER IST VORSITZENDE DES PERSONALRATS BEIM AMTSGERICHT MÜNCHEN UND TEAMERIN BEI VER.DI B+B

INTERVIEW

Ein bisschen Rampensau sein

Wie bist Du Teamerin geworden?

Ich war schon bei der ÖTV in der Jugendbildungsarbeit aktiv, habe dort die Ausbildung für Teamende gemacht. Mittlerweile gebe ich Seminare zum Bayerischen Landespersonalvertretungsgesetz und mache Schulungen für Wahlvorstände. Ich bin an etwa fünf bis zehn Tagen pro Jahr im Einsatz, das ist gut leistbar.

Was gefällt Dir an dieser Aufgabe?

Ich lerne bei jeder Schulung selbst etwas dazu. Ich nehme viel für mich mit bei dieser spannenden Tätigkeit und lerne dadurch viele Leute kennen.

Was muss man als Teamer*in mitbringen?

Fachliches Wissen. Man muss aber auch mit Leuten umgehen können, ein bisschen Rampensau sein. Es hilft, einen klaren Standpunkt zu haben und vertreten zu können. Zudem sollte man sich bewusst sein, wie man als Personalrat die Interessen der Beschäftigten am besten vertreten kann. Denn unsere Seminare sind ja aus der Praxis für die Praxis.

Bildung zahlt sich aus

VER.DI B+B – Rabatt für den Besuch von BR-Grundseminaren

(red.) Wer sich regelmäßig weiterbildet, profitiert bei ver.di Bildung + Beratung (ver.di b+b) zur Zeit nicht nur von dem erworbenen Wissen. Wer in der Zeit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2023 die Grundlagenseminare 1 bis 3 für Betriebsrät*innen besucht hat, wird dafür mit einem Gutschein belohnt. Mit

diesem erhält man 20 Prozent auf die Seminargebühr für das BR 3-Seminar. Er kann direkt verrechnet oder für eine Folgebuchung verwendet werden. Eine Barauszahlung ist nicht möglich.

Dabei kommt es nicht auf die Reihenfolge an, in der die Seminare besucht wurden. Allerdings gilt die-

se Aktion nur, wenn die Wochenseminare in Präsenz besucht werden. Ausgeschlossen sind englischsprachige und Online-Seminare, unternehmensbezogene Angebote und die Kompaktversion von BR 1 bis 3.

Mehr Infos: verdi-bub.de/br-grundseminare

Mietvertrag verlängert

BILDUNGSZENTREN – Weiterhin ver.di-Seminare in Saalfeld

(red.) Der Mietvertrag für das ver.di-Bildungszentrum im thüringischen Saalfeld ist bis zum 31. Juli 2027 verlängert worden. Der Verlängerung hat der ver.di-Bundesvorstand Anfang September zugestimmt. Bei den Verhandlungen konnte ver.di verbesserte Konditionen durchsetzen. Unter anderem modernisiert

der Vermieter die Heizungsanlage. Der alte Mietvertrag wäre jetzt ausgelaufen.

Das Bildungszentrum in Saalfeld ist das einzige Bildungszentrum, das sich nicht im ver.di-Eigentum befindet. Die anderen acht ver.di-Bildungszentren gehören zum Besitz der ver.di-eigenen Immobilien-

verwaltung. Das sind die Häuser in Berlin, Bielefeld (NRW), Brannenburg (Bayern), Gladenbach (Hessen), Mosbach (Baden-Württemberg), Undeloh und Walsrode (beide Niedersachsen) sowie die Bildungszentrale der ver.di Jugend im hessischen Naumburg.

bildungsportal.verdi.de



STEFAN BERGER, WOLFGANG JÄGER, ULF TEICHMANN (HG.):
GEWERKSCHAFTEN IM GEDÄCHTNIS DER DEMOKRATIE. WELCHE ROLLE SPIELEN SOZIALE KÄMPFE IN DER ERINNERUNGSKULTUR?
HANS BÖCKLER STIFTUNG,
TRANSCRIPT VERLAG, BIELEFELD,
652 SEITEN, 45 EURO,
ISBN 978-3837653809

Ein unsichtbares Erbe

BUCHTIPP – *Historiker*innen sehen Defizite in der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur*

Ideen und Werte sozialer Demokratie und die Erfolge der Gewerkschaften, Grundpfeiler der Demokratie, sind in öffentlichen Erinnerungskulturen unterrepräsentiert, beanstandet eine gewerkschaftliche Historikerkommission. Dies ist der Ausgangspunkt dieses voluminösen Buches, in dem die Autor*innen soziale und gleichberechtigte Teilhabe an politischen Prozessen als „soziale Demokratie“ klassifizieren. In ihren thematisch breit gefächerten Beiträgen monieren sie Defizite in der gewerkschaftlichen Erinnerungskultur.

Ein Heute ohne ein Gestern? Wie ist es um die Erinnerungskultur über die sozialen Kämpfe in den Gewerkschaften bestellt? Knud Andresen setzt sich kritisch

mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zur Lehrlingsbewegung der 1970er-Jahre auseinander. Uwe Fuhrmann zieht einen Bogen von gewerkschaftlich engagierten Gewerkschafterinnen im Kaiserreich zum mangelnden Einfluss der Frauen in der Weimarer Republik bis zur Nachkriegszeit und urteilt: „Um die gewerkschaftliche Erinnerungskultur war es bis in die jüngste Vergangenheit im Allgemeinen nicht sonderlich gut bestellt. (...) Eine Verankerung von Geschichte und Erinnerungsarbeit war nur anlassbezogen ...“

In der Erinnerungskultur der Gewerkschaften blieb Migration, etwa die Arbeitskämpfe ausländischer Kolleg*innen, eine Leerstelle. In ihrem Beitrag spart Kristina Meyer nicht mit kritischer Analyse, wenn sie von einer Selbstmarginalisierung in der Erinnerungskultur der Gewerkschaften spricht, die enge Fokussierung auf wenige Persönlichkeiten und den Mangel an selbstkritischer Bestandsaufnahme. Michael Schneider verweist auf die Traditionspflege in der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung und schlägt einen weiten informativen Bogen zu einer Blütezeit der Erinnerungskultur in den 1970er Jahren mit Veranstaltungen, Geschichtswerkstätten und Publikationen. In dankenswerter

Weise widmet sich Detlev Brunner dem Freien Deutschen Gewerkschaftsbund in der DDR und mahnt hier eine differenzierte Sichtweise an, die auch die Vielfalt sowie die Reformkräfte an der Basis gegen die zentralistische Führung einbeziehen soll.

Die Kommission folgert aus der Bestandsaufnahme der Erinnerungskultur der Gewerkschaften

eine bessere Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart, um soziale Demokratie als historische Errungenschaft zu würdigen und neu zu begründen. Es ist ein sperriges Werk, aber ein wichtiges Buch, das die Erinnerungskultur der Gewerkschaften auf Trab bringen kann. Für die Identitätsbildung unverzichtbar.

Gunter Lange

NACHRUF

Der Kollege **Eduard Hartmann** ist Anfang Oktober im Alter von 40 Jahren gestorben. 2012 hatte er als Gewerkschaftssekretär im Bezirk Stuttgart seine hauptamtliche ver.di-Arbeit begonnen, war im Fachbereich Gemeinden zuständig für die Kolleg*innen bei der Landeshauptstadt Stuttgart. Zuvor hatte er sich als streitbarer und engagierter Betriebsrat bei H&M für die Rechte der Arbeitnehmer*innen eingesetzt. Er war dabei in der Tarifkommission und als eh-

renamtlicher Richter tätig. „Er glaubte an die Macht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, heißt es in einem Nachruf des ver.di-Landesbezirks Baden-Württemberg und des Bezirks Stuttgart. Darin wird er mit folgenden Worten zitiert: „Jede Sitzung, jede Versammlung, jeder Streik und jede Debatte motiviert mich, weiter zu kämpfen. Denn es geht nie um 50 Cent mehr, es geht darum, für was sie symbolisch stehen können.“

E-BIKES

ver.di-Mitglieder, die über den Kauf eines E-Bikes nachdenken, sollten sich die Bikes der Firma Sushi-Bikes ansehen. Sie bekommen auf den Kaufpreis von 1299 Euro einen Rabatt von 10 Prozent, das gilt auch für mit-

bestelltes Zubehör. Die Firma ist ein neuer Kooperationspartner des ver.di-Mitgliederservice. Auf dessen Web-Seiten findet man mehr Infos zu dem Angebot – oder unter folgendem Kurzlink: kurzelinks.de/wzg7

Poker

„Wir sollten in der Koalition weniger pokern und früher miteinander reden.“

Wirtschaftsminister Robert Habeck, Bündnis 90/Die Grünen, im Interview mit dem Handelsblatt zur Diskussion um den Weiterbetrieb von Atomkraftwerken